

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Hans Marzials, Magdeburg. Verantwortlich für Anzeigen: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Hermann Franke, Magdeburg. Druck von Franz Schreyer, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1587. Redaktion: Dr. Wittgenstraße 3, Fernsprecher 981. Prenumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Postgebühren) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. — Der Preis für den Einzelheft beträgt 2 Pf. In der Expedition und den Verkaufsstellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2,50 Pf. extra Postgebühren. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und alle Nummern 10 Pf. — Anfertigungsgebühr für sechsgehaltene Zeitungsblätter 15 Pf. — Post-Zustellung Nr. 7839

Nr. 44.

Magdeburg, Freitag, den 21. Februar 1902.

13. Jahrgang.

Arbeiter, Handwerker, Bürger Magdeburgs!

Noch einmal fordern wir Euch auf, heute, Donnerstag, den 20. Februar, abends 8 Uhr, zum

Massen-Protest gegen die vom Magistrat geplante Verschlechterung des kommunalen Wahlrechts

zu erscheinen. Obwohl diejenigen, welche infolge ihrer bitteren Armut weniger wie vier Mark pro Jahr an Steuern entrichten, gar nicht wählen dürfen, vermag es doch schon nach dem heutigen Gesetz der neunte Teil der Wähler — nämlich 4265 von 37 820 — zwei Drittel der Stadtverordneten zu wählen und so das stolze Magdeburg zu einer Magd der Reichen herabzuwürdigen. Sind es doch die 420 Reichsten, welche allein den dritten Teil der Stadtverordneten ernennen.

Weil aber wenigstens in der dritten Abteilung die Arbeiter und der Mittelstand noch nicht ganz von den Großindustriellen und wohlhabenden Rentiers majorisiert werden können, soll sogar dieses Wahlrecht noch verschlechtert werden. Man will möglichst verhindern, daß in der Minderheit, dem letzten Drittel, die Stimme der Menschlichkeit zum Ausdruck gelangt. Darum sollen die 3072 reichsten Wähler $\frac{2}{3}$ der Stadtverordneten ernennen und von diesen wieder die 351 allerreichsten ein Drittel.

Der zwölfte Teil der Wahlberechtigten soll die Zweidrittel-Mehrheit in der Stadtverwaltung in die Hände bekommen, so daß ein unüberwindbarer Ring von Aktionären, Großindustriellen, Zuckerbaronen, Bankiers und Rentiers in die Lage kommt, sich die Stadtinteressen dienstbar zu machen.

Wer das verhindern will, der erscheine heute abend in folgenden Versammlungen:

- in der „Zerbster Bierhalle“ in Sudenburg
- im „Thalia-Saal“ in Buckau
- im „Weißen Hirsch“ in Neue Neustadt
- in der „Krone“ in Alte Neustadt
- im „Dreikaiserbund“ in Magdeburg

Die sozialdemokratischen Stadtverordneten Brandes, Gärtner, Haupt, Mitsch und Wolf werden referieren. **Kein denkender und auf sein Recht stolzer Arbeiter darf fehlen!**

Schutz der Mütter und Neugeborenen.

Im „Mouvement Socialiste“ veröffentlicht Dr. Henri Thirion eine Zusammenstellung über den Schutz der für Arbeiterinnen bei bezüchtigung vor und nach ihrer Entbindung in der Gesetzgebung der Industriestaaten Europas vorgeesehen ist. Wir entnehmen derselben folgendes:

Das holländische Gesetz vom 5. Mai 1889 und das belgische Gesetz vom 13. Dezember 1889 sowie das portugiesische Dekret vom 14. April 1891 und das englische Gesetz von 1891 untersagen die Arbeit in den 4 Wochen, welche der Entbindung folgen. Nach dem norwegischen Gesetz vom 27. Juni 1892 werden die Frauen erst 6 Wochen nach ihrer Entbindung wieder zur Arbeit zugelassen; dieser Zeitraum kann auf 4 Wochen verkürzt werden, wenn ein ärztliches Zeugnis über die Arbeitsfähigkeit der betreffenden Frau beigebracht wird. Dem dänischen Folkething ist 1899 ein Projekt vorgelegt worden, welches nachstehenden Artikel enthält: Die Frauen müssen die Arbeit eine Woche vor der Entbindung verlassen und dürfen dieselbe erst nach Ablauf von 4 Wochen nach der Entbindung wieder aufnehmen. Das spanische Gesetz vom 13. März 1900 untersagt die Arbeit während der 3 Wochen, die der Entbindung folgen; sieht außerdem die Möglichkeit des Aussetzens der Arbeit vor der Entbindung vor. Verlangt die Arbeiterin die Unterbrechung der Arbeit vor ihrer Entbindung, so ist ihr Platz bis 3 Wochen nachher für sie freizubehalten. Außerdem müssen nach dem spanischen Gesetz den Arbeiterinnen, welche Kinder haben, täglich zwei halbe Stunden frei gegeben werden, um dieselben nähren zu können. Das portugiesische Gesetz enthält eine ähnliche Bestimmung; es schreibt vor, daß in allen Fabriken, wo täglich mehr als 50 Frauen arbeiten, eine Kleinkinder-Bewahranstalt errichtet sein muß, die nicht weiter als höchstens 300 Meter vom Betriebe entfernt liegen darf. Am weitgehendsten ist das schweizerische Gesetz, welches ein Aussetzen von insgesamt 8 Wochen vorsieht. Unterstützung ist in der Schweiz nicht vorgeesehen; das vom Bundesrat am 5. Oktober 1899 angenommene Gesetz betr. die Krankenversicherung enthält eine Bestimmung, nach welcher bei der Entbindung eine 6 wöchentliche Unterstützung Platz greifen sollte. Dieses Gesetz ist durch Referendum vorläufig verworfen, wird aber jedenfalls wieder eingebracht werden. Nach den Berichten der Fabrikinspektoren sind in der Schweiz gute Erfahrungen mit diesen Bestimmungen gemacht worden. Das gleiche kann leider nicht gesagt werden von den meisten anderen Ländern, namentlich nicht von denen, wo die Frauen während ihrer Arbeitsunfähigkeit keine Unterstützung erhalten. Frau Lucy Deane, eine englische Fabrikinspektoren, klagt in einem Briefe an Louis Frank, daß die Bestimmungen zum Schutze der Frauen wenig Beachtung finden; Louis Frank stellt dasselbe für Belgien fest.

Für Deutschland, Oesterreich und Ungarn, da, wo die Entbindung zu den Krankheiten gerechnet wird, und wo das Krankenversicherungsgesetz den Müttern Unterstützung gewährt, werden nach den Feststellungen des Autors die Schutzbestimmungen befolgt. Die Bestimmungen des deutschen Gesetzes dürften bekannt sein. Das österreichische Gesetz vom 8. März 1885 untersagt die Arbeit während der 4 Wochen nach der Entbindung. Das Krankenversicherungsgesetz vom 30. März 1888 und 4. April 1889 sichert den Frauen eine Unterstützung in der Höhe von 60 Prozent ihres Lohnes sowie freien Arzt und Medikamente. Das ungarische Gesetz vom 21. Mai 1884 sieht ebenfalls das vierwöchentliche Verbot der Arbeit vor und das Krankenversicherungsgesetz vom 9. April 1891 sichert ihnen außer ärztlicher Hilfe und Arznei die Hälfte ihres Lohnes.

Zum Schluß behandelt Dr. Thirion Frankreich, wo bisher in dieser Richtung fast noch nichts geschehen ist. Seit einigen Jahren werden Gesetzentwürfe in den Kommissionen der Kammer und des Senats hin- und hergeschoben, ohne daß es zu gesetzlichen Bestimmungen gekommen wäre. Ein Projekt des Herrn Paul Strauß, das gegenwärtig vorliegt, sieht eine Arbeitsunterbrechung der Frau von 6 Wochen vor, und zwar 14 Tage vor und 4 Wochen nach der Entbindung sowie freien Arzt und Medikamente. Für mittellose Frauen soll nach Artikel 3 des Projektes die nötige Hilfe und Pflege im Haus oder im Spital gegeben werden.

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 20. Februar 1902.

Der Fall Krojitz vor dem Reichstage.

Berlin, 19. Februar. Im Reichstage wurde heute zunächst die Debatte über den Gumbinner Prozeß und über die Reform der Militärstrafprozeßordnung fortgesetzt. Herr Komon schnitt dabei außerordentlich schlecht ab. Von seiner Seite des Hauses erstand ihm ein Verteidiger.

Dagegen verpflichtete der Centrums-Abgeordnete Gröber die Gründe, die er für die Wiederherstellung Siefels gestern angeführt hatte. Der Redner bezüchtete eine sofortige Revision der Militärstrafprozeßordnung für unmöglich. In einer vortrefflichen Rede rechnete unser Genosse Gaase mit Herrn Komon gründlich ab. Er stellte fest, daß dieser Angeklagte seine Verteidigung so schlecht geführt habe, daß ihm nicht einmal mildernde Umstände zuzubilligen seien. Die Wiederherstellung Siefels sei absolut nicht zu verteidigen, erst als die Presse Lärm geschlagen, hätte man nach neuen Gründen gesucht. Unter großer Aufmerksamkeit des Hauses stellte unser Redner fest, daß Herr Komon eine offenbar falsche Aussage in Bezug auf die Angaben des Generalleutnants von Alten gemacht habe. Mit Nachdruck hob unser Redner hervor, daß die ungeheuren Zustände durch die Vermischung von militärischen und juristischen Interessen herbeigeführt

werden. Er forderte die Beseitigung des Ausschusses der Öffentlichkeit und des Instituts des Gerichtsherrn.

Auf denselben Standpunkt stellten sich die freisinnigen Abgeordneten Beck und Müller-Meinungen, während sich Herr Komon darauf beschränkte, für die Wiederherstellung Siefels nach neuen fadenheimigen Gründen zu suchen.

Der Kriegsminister unterließ es, auf den juristischen Teil der Angelegenheit einzugehen; er gab sogar zu, daß bei dem Gumbinner Prozeß Versehen vorgekommen sein können, die ihre Erledigung finden würden. Ihm lag vor allem daran, die neue Militärstrafprozeßordnung zu verteidigen. Damit schloß die Debatte über diese Angelegenheit, und Herr Komon verließ den Reichstag, den er wohl so bald nicht wieder betreten dürfte.

Dann wurde die Debatte über das Gehalt des Kriegsministers fortgesetzt. Der konservative Abg. Moon protestierte in seiner ungeschickten Manier gegen Bebel. Unser Genosse Amert stellte fest, daß der General v. Viebahn seiner Zeit im Reichstag ausdrücklich erklärt hatte, daß im Jahre 1899 die Zahl der Militärmißhandlungen im Verhältnis zur Heeresstärke und nicht im Verhältnis zur Zahl der Offiziere 0,63 Prozent betrage. Herr v. Gölzer suchte diese fatale Thatsache auf einen offensibaren Druckfehler des amtlichen stenographischen Protokolls zurückzuführen.

Morgen wird die Debatte fortgesetzt. —

Die Zolltarifkommission

lehnte gestern nach längerer Debatte den sozialdemokratischen Antrag ab, welcher statistische Nachweise über die Verteilung der in der Erntestatistik aufgeführten Fruchtarten verlangt. Hierbei kam es zu einem interessanten Intermezzo zwischen unserem Genossen Mollenbuhr und dem neuen Vorsitzenden. Als Mollenbuhr seinen Antrag eingehend zu motivieren suchte, unterbrach ihn der Vorsitzende nettlich mit dem Ersuchen, sich kurz zu fassen, da der Antrag doch nur in losem Zusammenhang mit der Vorlage stehe. Abg. Mollenbuhr verbat sich solche unmotivierten Unterbrechungen schon deshalb, weil die Kürze der Verhandlungen gefördert würde, wenn sich der Vorsitzende solche Vexierungen ersparen wolle. Diese Kritik wollte sich aber der Vorsitzende nicht gefallen lassen, worauf Abg. Mollenbuhr mit norddeutscher Ruhe unter allgemeiner Heiterkeit erwiderte, es liege ihm ganz fern, die Redefreiheit des Vorsitzenden zu beschränken. Er beanspruchte aber für sich die gleiche Redefreiheit.

Dann ging die Kommission zur Beratung der Minimalzölle auf Getreide mit den dazu vorliegenden Anträgen über. Ministerialdirektor Scherer erklärte für die habsische Regierung, daß das Zolltarifgesetz schon in seiner jetzigen Gestalt vielleicht sehr schwer annehmbar sein würde, daß es aber durch jede Erhöhung der Getreidezölle unannehmbar werde. Als Graf Posadowsky namens der verbündeten Regierungen eine vertrauliche Erklärung zu dem

Kompromißantrag abgeben wollte, wurde der vorgerichteten Zeit wegen die Sitzung vertagt. Die Erklärung wird heute abgegeben werden.

Die heutige Sitzung sollte ganz vertraulich sein. Auch die Abgeordneten, welche nicht Mitglieder der Kommission sind, sollten ausgeschlossen sein. Auf Weibels Widerspruch ließ aber Graf Posadowsky diese Bedingung fallen.

Nach der „Freis. Ztg.“ ist es schon heute kein Geheimnis mehr, daß der Kompromißantrag nur eine Etappe zum weiteren Rückgang des Gros der Agrarier und insbesondere die Centrumspartei heute schon entschlossen ist, in den späteren Stadien der Verhandlungen, wenn die Regierung fest bleibt, umzufallen und sich weiter rückwärts zu konzentrieren.

Dertel thut freilich vorläufig noch sehr radikal. In einer konservativen Versammlung in Berlin erklärte er: „Der Zolltarif, wie er ist, bleibt unannehmbar für uns!“ Weiter meinte Dertel: „Darum werden die Wahlen 1903 unter allen Umständen unter dem Zeichen des Zolltarifs stehen.“ — Damit dürfte Dertel recht behalten, erfreulicherweise! —

Deutschland.

Berlin, 20. Februar. Dem „Berliner Tageblatt“ zufolge erwartet man in parlamentarischen Kreisen, die Regierung werde den Kompromißantrag ablehnen, da ein Eingehen auf den Kompromißvorschlag ihr auch durch die notwendige Rücksicht auf das Ausland unmöglich gemacht wird, nachdem Graf Bismarck seiner Zeit erklärt hat, die Säge der Vorlage seien das äußerste Maß, dessen, womit man noch Handelsverträge zustande bringen könne. —

— Wegen der angeblichen Äußerungen des Kaisers über das Duell, die die „Potsdamer Ztg.“ am 9. Dezember v. J. veröffentlichte, ist nunmehr Anklage erhoben und Termin auf den 12. März vor der 1. Strafkammer in Potsdam angesetzt worden. Angeklagt sind: Redakteur Paul Groß, Buchdruckereibesitzer Fritz Stein und der Geh. Regierungsrat Julius Steinbach in Potsdam wegen Beleidigung der beiden Vizepräsidenten v. Kessel und v. Gopler aus § 186 Str.-G.-B. —

— Der Kaiser gedenkt, wie dem „Volks-Anz.“ aus wohl-informierter Bonner Quelle berichtet wird, dem dort im Juni stattfindenden 75jährigen Stiftungsfest des Corps „Borussia“ beizuwohnen und aus diesem Anlaß einige Tage in Bonn zu verweilen. —

— Die preussische Staatsschuld beirug, wie dem stehen im Abgeordnetenhaus erschienenen 53. Bericht der Staatsschuld-Kommission über die Verwaltung des Staatsschuldendienstes im Etatsjahr 1900 zu entnehmen ist, am 31. März 1899 die Kleinigkeit von 6 602 323 566,40 Mark, also über sechs Milliarden! —

— Wie die amtliche „Karlshener Zeitung“ erfährt, haben sämtliche Bundesregierungen den Vorschlägen der orthodoxen Konferenz in Berlin zugestimmt. Es ist zu erwarten, daß in nächster Zeit im Bundesrat eine Vereinbarung über den Einführungszeitpunkt der neuen einheitlichen Rechtschreibung getroffen wird. —

— Im „Reichsanzeiger“ wird nunmehr veröffentlicht, daß § 21 des Reichsbeschuldengesetzes usw. am 1. Oktober d. J. in Kraft tritt. —

— Der Centralverband deutscher Industrieller verjährt bis auf weiteres seine auf den 28. Februar einberufene Sitzung, in der über den Zolltarif und über die Sätze beraten werden sollte, die der Centralverband dem Reichstage vorzulegen will. Grund hierfür ist, daß die Beratung der Industriezweige in der Zolltarif-Kommission des Reichstages einzuweilen „dehnt nicht zu erwarten sei“. —

— Die neue Verhandlung gegen Marken und Sichel wird, wie uns ein eigener Drahtbericht aus Hamburg meldet, voraussichtlich eine volle Woche dauern, da noch mehr Zeugen vernommen werden sollen, als bei der ersten Verhandlung vor dem Oberkriegsgericht. —

— In der Zolltarifkommission brachten gestern Graf Schwerin (kons.), Herold (Cent.) und Kardorff (Agr.) den sogenannten Kompromißantrag zu den Getreidezöllen ein, wonach der Minimalzoll für Weizen und Spels 6 Mark, für Roggen, Gerste und Hafer 5 1/2 Mark, der Maximalzoll für Weizen und Spels 7 1/2 Mark, für Roggen, Gerste und Hafer 7 Mark betragen soll. Der Antrag ist unterzeichnet von 15 Mitgliedern, nämlich Herold, Gröber, Klose, Pingen, Svahn, Sped, Trimborn, vom Centrum, Schwerin, Kardorff, Gump, Karst, Reich, konservativ bzw. Reichspartei, Sieg, natl., Komierowski, Volz, Gabel, Kunz. — Von den Konservativen fehlt also v. Wangerheim, vom Centrum Dr. Heim. —

— Die sozialdemokratische Reichstags-Fraktion hat in ihrer Sitzung am Mittwoch beschlossen, folgende Interpellation im Reichstag einzubringen:

„Ist es dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß im Widerspruch zu dem klaren Wortlaut des § 35 der Gewerbeordnung und der Erklärung, welche der Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Graf v. Posadowsky, im Reichstage in der Sitzung vom 23. November 1899 abgegeben hat, die Polizeibehörde zu Weithen den dortigen Arbeitersekretär Herrn Dr. Winter, weil dieser angeblich fremde Rechtsangelegenheiten gewerkschaftlich bringe, zur Anmeldung des Arbeitersekretariats als eines Gewerbebetriebes durch Geldstrafen zu zwingen sucht? Und was gedenkt der Herr Reichskanzler dagegen zu thun? —“

— Papsi Leo XIII. tritt am heutigen Tage in das 25. Jahr seines Pontifikates. In einem Artikel der offiziellen „Nordd. Allg. Ztg.“ werden dem Papste aus diesem Anlaß einige Schmeicheleien geübt; u. a. heißt es: „Kaiser und Papst haben sich Jahrzehnten ihr Interesse daran, sich gegenseitig von Souverän zu Souverän in den Formen

der völkerrechtlichen Courtoisie zu verkehren, und der jetzige Träger der Tiara verhaßt die nachhaltigsten Erfolge seines Pontifikates einer weisen Pflege der Beziehungen des päpstlichen Stuhles zu der deutschen Großmacht. Der Kaiser und König hegt auch persönlich für den ehrwürdigen Kirchenfürsten eine aufrichtige Sympathie, die über das Maß der zwischen Souveränen herkömmlichen Höflichkeit hinausgeht. Unter den Anordnungen, welche zum Jubiläum Seiner Heiligkeit die Glückwünsche der einzelnen Mächte darbringen, wird eine Specialmission des deutschen Reichsoberhauptes nicht fehlen. — Das Centrum verzeichnet diese Thatsache mit großer Gemüthsruhe. —

Hamburg, 19. Februar. („Frankf. Ztg.“) Die Bürgerchaft brachte nach einer langen Sozialisten-Debatte die Anträge auf Errichtung von Arbeiter- und Handlungsgelöhnen-Kammern zu Ende. Beide Anträge wurden, ohne erst einer Kommission überwiesen zu werden, gegen wenige Stimmen abgelehnt. — Ein derartiger unsozialer Beschluß war zu erwarten. Die Hamburger Genossen werden aber die Antwort darauf nicht schuldig bleiben. —

Oesterreich-Ungarn.

Die Oesterreichischen Sozialisten und die Triester Kravatte.
Die Vorkommnisse in Triest gelangten im Oesterreichischen Abgeordnetenhaus zur Sprache. Während die Sozialisten und vor allem Dr. Ellenbogen für die Aufständischen eintraten, rechtfertigte Herr v. Körber die Verhängung des Standrechts über die Stadt Triest. Die Abgeordneten Dr. Ellenbogen und Bernertorfer überreichten dann folgenden Dringlichkeitsantrag: Die Regierung wird aufgefordert, den über Triest und Gebiet verhängten Ausnahmezustand sofort aufzuheben, den Statthalter von Triest, Grafen Goetz, sofort vom Amte zu suspendieren und das Occidentale zu veranlassen, damit das in Triest proklamirte Standrecht sofort aufgehoben werde. Ellenbogen begründet seinen Dringlichkeitsantrag in leidenschaftlicher Weise. Er war in Triest und hat sich über alles informiert. Bei seiner Schilderung der ersten Begegnung des Militärs mit der aufgeregten Menge zieht er plötzlich einen Hut aus der Tasche. Derselbe ist durchschossen, auf der Seite, wo die Kugel ausgeht, ist er mit Hirn beprägt, das am Hut klebt. „Das ist die Siegestrophäe des Statthalters!“ ruft Ellenbogen. „Er hat über die Waffengewalt den Sieg davongetragen, er hat die Schlacht gewonnen!“ Der Dringlichkeitsantrag wurde abgelehnt, dagegen der Vorschlag Verschattens angenommen, wonach ein 37-gliedriger Ausschuss gewählt wird, der nach acht Tagen Bericht erstatten soll. —

Belgien.

Der Kampf ums Stimmrecht.

In der gestrigen Sitzung hat der Sozialist Furnemont die Erklärung abgegeben, daß die Sozialisten nicht geneigt sind, die Verantwortlichkeit der Regierung zu übernehmen. Hingegen sollen die Liberalen berufen sein, nach dem Sturz der Merikalen Herrschaft durch das allgemeine Stimmrecht die Geschicke des Landes zu leiten. Janjon (radikal) erklärte nach Einvernehmen mit den Sozialisten, die Forderung des Frauenstimmrechtes müsse als verfassungswidrig aus dem Stimmrechtentwurf gestrichen werden. Ueber diese Erklärung herrscht in der Merikalen Partei große Bestürzung. —

Kleine politische Nachrichten. Der Norddeutsche Lloyd behält seine neue Cuba-Linie bis nach Mexiko aus. Die Dampfer der Gesellschaft werden vierwöchentlich verkehren und Tampico und Veracruz anlaufen. — Nationalliberaler Kandidat in Elbing-Neuburg wird der bekannte Justizrat Wagner sein. — Die Centralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen hält am Sonnabend, den 22. d. M., im Berliner Künstlerhaus ihre diesjährige General-Versammlung ab. — Johannes Halben in Hamburg, ein bekannter Schulmann und ehemaliger preussischer Reichstagsabgeordneter (1884—1887 für Pommern), langjähriger Vizepräsident der Hamburger Bürgerchaft, ist an einem Schlaganfall gestorben. — Die Freireiung der Miß Stone wird noch einmal gemeldet. Einer Pariser Privatmeldung aus Konstantinopel zufolge ist Miß Stone bei nach Bulgarien abgereist. Papst Tilla wurde unter dem Verdachte, sie an die Räuber verraten zu haben, verhaftet. —

Die Unruhen in Spanien.

Die Lage verwickelt immer weiter. Fortwährend finden Zusammenstöße statt, wobei zahlreiche Personen verwundet worden sind. Eine große Anzahl Gebäude wurde zerstört. Die Zensur wird bedrohen, die meisten Menschen mit dem Tode, wenn die Unruhen wieder aufkommen wollen. Ebenso bedrohen die Truppen mit Verwundung, in denen noch gearbeitet wird. Die Direktoren der Zeitungen haben sich verständigt, die Ausgabe von den Zeitungen so lange zu sistieren, bis die Ruhe wieder hergestellt ist. Andererseits trägt ein amtlicher Bericht, die Ruhe sei wieder hergestellt. Die Censur wartet noch immer auf das strengste Verbot. —

Der „Reichsanzeiger“ meldet aus Madrid: Vergewaltigt man auf genannte Weise aus Barcelona: die Censur zurückmacht dort fortgesetzt alle Berichte auf ungenügend. Die Lage in Barcelona wird immer fürchterlicher, da die Zahl der Aufständigen über 100 000 — mehr bewaffnete Personen — hat ist. Die Bewegung hat jetzt sich ganz Katalonien ergreifen. Die verfügbaren Truppen sind ungenügend; neue Verstärkungen dürften unverzüglich aus Castilien und Aragonien abgehen. Eine genaue Zahl der Toten bei den Zusammenstößen konnte bisher nicht ermittelt werden. In 200 Verhaftungen sind bis jetzt erfolgt. Die aufrührerische Menge plünderte die Kassen des Schatzhauses und verteilte das Geld unter das Volk. Da die Zufuhr der Märkte unterbrochen ist, so ist der Preis für die Lebensmittel unerschwinglich hoch, und die Stadt Barcelona ist von Hunger und Pest bedroht. Auch die Eisenbahnen sind fast ganz verhindert, da die Reisewagen nur unter starker Bedeckung fahren können. Gestern nachmittag wurden in Barcelona Geschütze an zahlreichen Punkten der Stadt aufgestellt. In Linares errichtete die Menge einen hölzernen Schloßthurm; auch das Klostergebäude wurde in Brand gesetzt. —

Aus der Parteibewegung.

Als Reichstags-Kandidat für den Wahlkreis Dortmund wurde am Sonntag in einer von 45 Delegierten besuchten Kreisconferenz der Genosse Theodor Bömelburg aus Hamburg einstimmig proklamiriert. Genosse Bömelburg war selbst anwesend und erklärte sich zur Uebernahme der Kandidatur bereit. Er gab die Erklärung ab, daß er im Verein mit den Parteigenossen alles daran setzen werde, den Kreis der Partei zurückzuerobern.

Wir gratulieren den Dortmund Genossen zu dieser glücklichen Wahl, von der wir das Beste hoffen. —

Partei-Presse. Ueber den Stand des „Hamburger Echo“ erfahren wir aus Versammlungsberichten der sozialdemokratischen Vereine Hamburgs, daß das Blatt am Ende des Jahres 1901 32 191 Abonnenten hatte. Die Uebernahme der Kopportage in Parteiregie hat sich vorzüglich bewährt. Die ausstehenden Abonnementsgelder betragen am Jahresabschluss nur 389 Mark. — Die Buchdruckerei der „Leipziger Volkszeitung“, bisher offene Handelsgesellschaft (G. Heinisch), ging in den Besitz einer Aktiengesellschaft über, für die Genosse F. Motzler zeichnet. —

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

In Greiz fanden eine Anzahl Fabrikversammlungen statt, deren Resultat sich zur Zeit noch nicht ganz übersehen läßt. Gleichzeitig hat das Einigungsamt gelagt. Die gestellten weitergehenden Forderungen wurden von den Fabrikanten größtenteils anerkannt, so daß die Aussichten für eine baldige Einigung günstiger geworden sind. — Aus Gera wird gemeldet: Obgleich es als ausgeschlossen gelten kann, daß die in der vogtländischen Textilindustrie ausgebrochene Lohnbewegung auch auf den Geraer Bezirk übergreifen werde, so haben die Geraer Fabrikanten doch eine Versammlung abgehalten, um über eventuell zu ergreifende Maßregeln zu beraten. Es wurde betont, daß eine Arbeitseinstellung für Gera kaum in Frage kommen könne, weil dort angeblich höhere Löhne als im Vogtlande gezahlt werden. —

Der dänische Dampfschiffheizerverband hat auf seiner Generalversammlung am Donnerstag einstimmig beschlossen, nicht nachzugeben und den Streik bis auf die erste Fortzuziehen. —

Die Leipziger Metallarbeiter haben sich dem dortigen Gewerkschaftskartell angeschlossen. Ein Antrag, vom 1. April d. J. dem Kartell beizutreten, vereinigte 203 Stimmen auf sich; außerdem wurden noch 10 Stimmen ohne jede weitere Bemerkung für Anschluß an das Kartell abgegeben, während 80 nur nach einer entsprechenden Aenderung des Kartellstatuts und 54 dem Kartell überhaupt nicht beitreten wollten. Durch diesen Beschluß ist die isolierte Stellung, die die Metallarbeiter in Leipzig gegenüber den anderen Gewerkschaften seit dem Jahre 1897 eingenommen haben und die besonders in wichtigen, die Gewerkschaften gemeinsam interessierenden Fragen recht fühlbar wurde, beseitigt worden. Etwa 4000 organisierte Arbeiter sind nun durch den Beitritt der Metallarbeiter im Gewerkschaftskartell mehr vertreten. Außer den Verbandsbuchdruckern stehen jetzt nur noch die Lithographen und Steindruckere und die Holzschnitzer abseits vom Kartell. —

Der vierte deutsche Gewerkschafts-Kongress findet — wie die Generalkommission im „Correspondenzblatt“ bekannt macht — am Montag, den 16. Juni, in Stuttgart statt.

Als Tagesordnung ist vorläufig vorgesehen:

1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten. (Wahl der Kommissionen, Prüfung der Mandate usw.)
2. Rechenschaftsbericht der Generalkommission und Beratung der Anträge, betreffend:
 - a) Agitation (allgemeine);
 - b) Agitation unter den Arbeiterinnen;
 - c) Streikunterstützung und Streikstatistik;
 - d) Reichs-Arbeitersekretariat;
 - e) „Correspondenzblatt“;
 - f) Wahl und Organisation der Vertreter in der Sozialgesetzgebung.
3. Submissionswesen (Streikklause).
 4. Die Hausindustrie.
 5. Die Tätigkeit und rechtliche Stellung der Arbeitersekretariate.
 6. Arbeitslosenstatistik und Arbeitslosenversicherung.
 7. Das Koalitionsrecht der Eisenbahner.
 8. Die Stellung der Gewerkschafts-Kartelle in der Gewerkschaftsorganisation.
 9. Unterstützungsfonds für Gewerkschaftsbeamte.
 10. Beratung der nicht unter den vorstehenden Punkten erledigten Anträge. —

Die „gelben“ Gewerkschaften in Frankreich.

ac. In der französischen Gewerkschaftsbewegung tritt in den letzten Jahren eine bedauerliche Erscheinung zu Tage; den Gewerkschaften, die an die Arbeiterparteien angeschlossen sind, den „Roten“, treten die gelben Gewerkschaften gegenüber. Allenfalls werden solche Gewerkschaften gegründet; mit moralischer und selbst finanzieller Unterstützung der Unternehmer gelingt es ihnen, leicht empor zu kommen. Günstig für die Entwicklung dieser gelben Syndikate, deren Mitglieder bei Ausbruch von Streiks regelmäßig Streikbrecherdienste leisten, wirkt die Zerstückelung der französischen Gewerkschaftsbewegung. Vor etlichen Monaten ist seitens der Gelben in Paris sogar eine unabhängige Arbeitsbörse gegründet worden. Die Macher sind zum Teil ehemalige hyper-revolutionäre Gewerkschafter, aus den Gewerkschaften oder den Arbeiterparteien ausgeschlossen, kurz, allerhand zweifelhafteste Leute. Welch' Geistes Kinder diese Leute sind, kann man recht deutlich wahrnehmen an den Reden, die auf einem dieser Tage in Paris stattgehabten Bankett der Gelben

Die Wohnungs-Verhältnisse der Krankenkassen-Mitglieder in Magdeburg.

II.

Die nachfolgende Besprechung kann sich natürlich nur auf die Hauptergebnisse beschränken; ich muß es mir versagen, hier aus dem reichhaltigen Material über die Lage der Wohnräume je nach dem Stadtteil und nach der vertikalen Lage die betreffenden Angaben zu machen.

Was uns zunächst interessieren muß, ist die Konstatierung der Tatsache, daß die kranken Mitglieder und zwar die männlichen zur Verfügung und Benutzung haben nur im Durchschnitt 2 1/2, die weiblichen sogar nur 2 1/3 Räume, während sozialpolitischereits als Forderung aufgestellt ist, daß, da in den deutschen Städten etwa 1/10 aller Haushaltungen 4—6 Individuen enthalten, als normales Minimum eine Wohnung zu fordern ist, die außer einer Küche 3 Zimmer und 2 Kammern mit einem Luftraum von zusammen 250 Kubikmeter umfaßt! Da nach den vorliegenden Tabellen von den insgesamt 574 Wohnungen auf möblierte Wohnungen und Schlafstellen insgesamt 85 entfallen, muß konstatiert werden, daß die Wohnräume der kranken Mitglieder völlig unzulänglich, unzureichend sind. Was nun den Luftraum anlangt, der für eine Wohnung und deren Insassen gefordert werden muß, sollen hygienische und ethische Schäden nicht geradezu heraufbeschworen und sanktioniert werden, so beträgt derselbe im Durchschnitt für die männlichen kranken Mitglieder insgesamt 45 Kubikmeter, für die weiblichen 41,4 Kubikmeter; gerade vielleicht annähernd ausreichend bei einer Person, nach der oben angegebenen Forderung. Hier aber bemerkt im Durchschnitt von den männlichen Mitgliedern bei Tage mit 4, bei Nacht mit 3 1/3 Personen, bei den weiblichen Mitgliedern bei Tage mit 3 2/3, bei Nacht mit 3 Personen, so daß bei den männlichen Kranken ein Luftraum von 11 Kubikmeter für den Tag und 15 Kubikmeter für die Nacht, bei den weiblichen Kranken ein Luftraum von 11,5 Kubikmeter für den Tag und 11 Kubikmeter für die Nacht kommen — ein Ergebnis, das die ganze Misere der Wohnungsverhältnisse der Arbeiterbevölkerung beleuchtet. Es muß nämlich hierbei noch folgendes angeführt werden. — Der bekannte Hygieniker Dr. S. Crismann verlangt für Gefängnisse und Kasernen 24—50 Kubikmeter Luft für jede Person. Der Gefängnis-Hygieniker Vár fordert für jede Einzelzelle 22 Kubikmeter Luftraum, Stevens 30 Kubikmeter. In Plöhsensee sind thätig 28,15 bis 29,03 Kubikmeter Luftraum pro Kopf vorhanden, in österreichischen Gefängnissen haben die Einzelzellen 26—27 Kubikmeter. Von Schuster wird im Bettentoseren Handbuch der Hygiene und Gewerbekrankheiten pro Person 33,3 Kubikmeter Luft unter Voraussetzung der dreimaligen Lüfterneuerung pro Stunde verlangt. Als Minimum verlangt er wie Rowack 20 Kubikmeter Luft pro Person, wobei aber Möbel, Ofen, Körper usw. vom gesamten Wohnraum abgezogen werden müssen! — Nach diesen Forderungen ermesse man die oben konstatierte Tatsache! — Vor allem auch nach der Richtung hin, daß es sich hier um Wohnungsverhältnisse handelt, unter denen ein Kranker zur Tages- und vor allem zur Nachtzeit hausen muß! — Und es ist

interessant nach der Richtung der verschiedenen Krankheiten die zur Verfügung stehende Menge Luftraum zu untersuchen.

Die Lungentranken müssen die Nächte zubringen in einem Luftraum bis zu höchstens 16 Kubikmeter, eine Menge, die gerade mit Rücksicht auf die Art der Krankheit völlig unzureichend ist. Und die Rheumatismuskranke, gerade auch die, welche gesunde und zureichende Wohnräume haben sollten, müssen sich begnügen mit einem Luftraum von höchstens 10,2 Kubikmeter. — Und so alle die übrigen kranken Personen, die Epileptiker mit 9,3 bis 7,5 Kubikmeter, die weiblichen Influenzkranken sogar mit 4,4 Kubikmeter. Und das alles sind Durchschnittszahlen! Daß bei dieser Frage der Verbesserung der Wohnungsverhältnisse die Krankenkassen ihre Aufgabe mindestens darin zu sehen haben, die kranken Mitglieder aus den unzureichenden und ungesunden Wohnräumen hinauszubringen, daß die Frage der Errichtung von Erholungsstätten, Genesungsheimen durch diese Konstatierung gelöst werden muß in dem Sinne, daß solche Anstalten errichtet werden, in dem die Kranken des Tages wenigstens vor den Schädigungen der Wohnräume befreit werden, ergibt sich aus diesem Ergebnis mit einer solchen zwingenden Notwendigkeit, daß es geradezu ein Verbrechen an Leib und Leben bedeuten würde, wollten die Krankenkassen hier mit verschränkten Armen und in Gleichgültigkeit zusehen, wie alle Unterstützungsmöglichkeiten, Erhöhung der Leistungen, Gewährung von Stärkungsmitteln, verlorene, vergeudete Aufwendungen darstellen, wenn nicht dem Uebel von Grund aus beigegangen wird, die Kranken in gesunde Räume zu bringen! — Aber ebenso hat auch die Gemeindeverwaltung, der es nur zum Segen gereichen kann, wenn sie gesunde, starkerkräftige Mitglieder zählt, alle und jede moralische und soziale Verpflichtung, hier den Bestrebungen der Krankenkassen thätigste Hilfe anzubieten und mit dazu beizutragen, daß Institute geschaffen werden, welche unsere Bevölkerung gesund machen und gesund erhalten. — Ich wünsche nichts sehnlicher, daß gerade mit Rücksicht auf die vorliegenden Ergebnisse die Frage der Errichtung der Erholungsstätten mehr in Fluß kommt und Bereitwilligkeit zur Unterstützung an allen Orten findet.

Denn auch in der Beschaffenheit der Wohnräume nach der Helligkeit hin erweist sich die Notwendigkeit einer Besserung der Verhältnisse. Kann hierbei nur von einer relativen Helle der Wohnräume gesprochen werden, denn die Arbeiterwohnungen sind durch ihre Lage und Größe nach den vorliegenden Ergebnissen überhaupt unzureichend, so frappiert doch die Tatsache, daß noch 56 Wohnungen bewohnt werden müssen, die absolut dunkel und 30, die feucht sind, und daß 18 als Arbeitsräume benutzt werden, von denen 11 auf weibliche Kranke fallen, die als Plätterinnen, Heimarbeiterinnen ihren Aufenthaltsraum auch als Arbeitsstätte benutzen müssen. Ob es sich auch um dieselben Männe handelt, die als Schlafräume benutzt werden, läßt sich wohl annehmen (die Zahl der Wohnräume spricht dafür), aber nicht direkt behaupten. —

Was nun die Heizgelegenheiten anlangt, so läßt sich hier nur anführen, daß die Anwendung der eisernen Defen mit Rücksicht auf die ökonomische Verwertung des Heizmaterials und der Erzeugung einer gleichmäßigen, andauernden Wärme leider noch zu sehr in den Wohnräumen sich

konstatieren läßt. Diese Tatsache läßt auch den Schluß auf die enge Begrenzung der Räume zu und auf die im Interesse des Hauswirts liegende Scheu, größere Kosten für die Herstellung von Defen zu verausgaben. — Ueberhaupt ergibt die Zusammenzählung der vorhandenen Defen usw. die Tatsache, daß 90 Räume überhaupt keine Heizgelegenheit haben, was mit der Benutzung der Räume als Schlafstellen in 51 Fällen wohl zusammenhängt.

Eine noch unerfreulichere Tatsache ergeben die Abortverhältnisse. Daß es in Magdeburg nach den kontrollierten Wohnungen noch 23 Abtritte (ohne Wasserfüllung) giebt, von denen in der Neustadt 17, in der Seidenburg 2, in Buckau 1, in Friedrichstadt und Werder 3 vorhanden sind, ist eine für die hygienischen Verhältnisse ungemein betrübende Tatsache, noch dazu wenn wir bedenken, daß die Aborte insgesamt von je durchschnittlich 14 Personen benutzt werden! — Und dabei bezieht sich diese Angabe doch nur auf insgesamt 574 Wohnungen; wieviel Abtritte mögen noch vorhanden sein? —

Die Ergebnisse nach der Familienstellung der Kranken konstatieren die bekannte ökonomische Tatsache der Einbeziehung der jugendlichen Arbeitskraft in den wirtschaftlichen Produktionsprozeß. Unter 574 kranken Mitgliedern befinden sich 103 Söhne und 89 Töchter, die noch in der Haushaltung der Eltern leben und doch mithelfen müssen, den Verdienst der Eltern zu vervollständigen, und 68 Frauen, die fern von ihrem Berufe als Erzieherin ihrer Kinder frohden müssen! — Wahrlich eine Tatsache, die zwar nicht neu, aber doch auch hier bei dieser Enquete sich be- wahrheitet! —

Die vorstehenden Bemerkungen, die ich hier zu machen hatte auf Grund der Ergebnisse, werden hoffentlich Veranlassung geben, daß nicht nur von Seiten der Krankenkassen diesem Gebiete der Erriierung der Wohnungsverhältnisse mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird, daß gerade von Seiten unserer Kommunalverwaltung die Krankenkassen bei der Thätigkeit der neu gegründeten Wohnungskommission mit berücksichtigt und herangezogen werden.

Ein ungemein reichhaltiges und ergiebiges Feld liegt hier brach: wie in allen sozialpolitischen Sachen, welche die Krankenkassen angehen, so auch hier ist eine Mitwirkung der Krankenkassen geboten und notwendig. Leider trägt die Zersplitterung der Kasseneinrichtungen am Orte viel zur Festhaltung der Unthätigkeit der Krankenkassen in sozialpolitischer Beziehung bei; und bedauert werden muß von mir auch an dieser Stelle und auf Grund der Ergebnisse dieser Statistik, daß von Seiten des Magistrats gerade mit Rücksicht auf eine solche sozialpolitische Thätigkeit der Krankenkassen die Bestrebungen der Ortskrankenkassen auf eine Verschmelzung, auf die Herbeiführung einer einzigen Ortskrankenkasse nicht gewürdigt und unterstützt worden sind. Wie notwendig eine derartige sozialpolitische Thätigkeit ist, braucht nach dem vorliegenden Ergebnis nicht noch besonders hervorgehoben zu werden. Daß es Aufgabe der Ortskrankenkassen ist, sich diese Thätigkeit zu eigen zu machen, ist mein heißestes Bemühen.

Erich Wendlandt.

Fenilleton.

Nachdruck verboten.

Das Vergessen?

Elfaß-Lothringen 1877—1900.

Roman von Th. Cahn und E. Forest.

Aus dem Französischen übersetzt von Suzanne Brautigam-Romane.

(42. Fortsetzung.)

XIV.

Am nächsten Tage hatte sich Stockmann nach dem Mittagessen in seinen kleinen Salon zurückgezogen. Auf einer Chaiselongue gab er sich in voller Behaglichkeit der Mittagsruhe hin. Sein Körper ruhte, aber seine Einbildungskraft knüpfte in rascher Folge Bilder an Bilder, Ideen an Ideen. Abgeordneter für Metz im Reichstage!

Es würde für ihn eine mißliche und mit Gefahren verbundene Ehre sein, im deutschen Reichstage dem Schmerz und der Hoffnung von Elfaß-Lothringen Ausdruck zu geben. In ihm, in seiner Person, würden die Schmerzensrufe, die Klagen einer ganzen, von der angestammten Völkerfamilie mit Gewalt losgerissenen Masse sich vereinigen.

Er sah sich schon nach seiner Ankunft in Berlin inmitten seiner schlimmsten Feinde sitzen. Dieber riß ihn zu begeisterten Reden hin, die er halten würde, während feindliche Wida sich auf ihn richteten und dumpfes Murren zu ihm klang. Er schwur sich selbst zu, stark und mutig zu sein, weder von Wohlwollen noch von Furcht sich beeinflussen zu lassen und bis ans Ende ohne Schwäche seiner harten Pflicht nachzukommen. Aus seiner leidenschaftlichen und hartnäckig-systematisch betriebenen Opposition konnten ihm tausenderlei Verdrießlichkeiten entstehen. Aber Stockmann, der die Gefahren voraussah, wappnete sich mit Mut und Geduld. Er war bereit, alles zu ertragen, denn er war jetzt überzeugt, daß jede von der deutschen Regierung gegen den Neuwahlten ergriffene Maßregel diesen nur im Ueberden stärken und ihm bei seinen Wählern mehr Achtung und Ehre verschaffen würde.

Dieser patriotische Traum wurde grausam zerstört, als dreimal an die Thür geklopft wurde.

„Herein!“ rief er mit mürrischer Stimme, aus der das Mißbegnügen herausklang, aus einem so schönen Traume herausgerissen zu sein.

Die Thür öffnete sich, und das Hausmädchen erschien, um den Besuch eines großen, blonden, jungen Mannes zu melden.

„Wie heißt er?“ fragte Stockmann.

„Er weigert sich, seinen Namen zu nennen, und besteht darauf, Herrn Stockmann zu sprechen.“

Der neugierige Elfaßer glaubte, daß es sich um einen einflußreichen Protestler handle, vielleicht um einen geheimen Agenten.

Er verließ die Chaiselongue, setzte sich in einen Lehnstuhl und befahl:

„Lassen Sie ihn eintreten!“

Das Hausmädchen führte den Besucher herein, und Stockmann wurde vom höchsten Erstaunen erfaßt, wie er in dem Fremden den Lieutenant von Adlerskratt in Civil erkannte.

„Was, Teufel, kann der wohl von mir wollen?“ fragte er sich, wie er den Gruß erwiderte und mit einer Handbewegung seinem Besuch einen Sitz anbot.

Freiß setzte sich und beeilte sich, indem seine Stimme leicht erzitterte, die Beweggründe seines Kommens auseinanderzusetzen.

„Herr Stockmann, Sie werden mich ohne Zweifel für sehr anmaßend halten, aber mein Schritt findet seine Entschuldigung in einem Gefühl, das allen Mut entflammt, und das mit Ihrem Erstaunen nur Ihre Nachsicht erwecken muß. . . Ich habe nicht nötig, Ihnen ins Gedächtnis zurückzurufen, in welchen für mich günstigen Umständen mir der Zufall erlaubte, Ihre Bekanntschaft zu machen.“

Stockmann wollte die sich ihm darbietende Gelegenheit benutzen, um endlich sein Gewissen ein wenig zu erleichtern. Trotzdem er sehr begierig war, den Grund dieses so uner-

warteten Besuches zu erfahren, unterbrach er etwas beflommen:

„Mein Herr, mir kommt es wohl zu, . . . mich Ihrer zu erinnern. . . Oft habe ich betreffs Ihrer Person Gewissensbisse empfunden. . . Ich habe gegen Sie ein wenig korrektes, ja grobes Benehmen gezeigt.“

Freiß wollte durch eine Handbewegung seinen Widerspruch andeuten und den Sprechenden zum Schweigen bringen, aber Stockmann fuhr in entschiedenem Tone fort, sich zu entschuldigen.

„Sie haben mir einen unbergelichen Dienst erwiesen, und ich mache mir Vorwürfe, niemals Ihrer Aufopferung, Ihrem Mute die Ehre gegeben zu haben, die Sie verdienen. . . So bin ich glücklich, Ihnen endlich ausdrücken zu können, wie sehr ich . . . wir Ihnen dankbar sind. . . welche Dankbarkeit. . .“

Er verirrte sich, denn er fand diese Dankesbezeugungen lächerlich, da so lange Zeit verstrichen war. Freiß seinerseits dachte, daß er diesen Dank viel früher hätte aussprechen können, besonders auf der Reise von Straßburg nach Metz. Aber er schätzte die Worte doch lebhaft, denn dies etwas verspätete Wohlwollen war für die Verwirklichung seiner Pläne vorteilhaft. Stockmann hielt plötzlich in seiner Rede inne, danach gestand er mit einem naiven Euisimus, da er eine viel zu offene Natur war, um lange seine Gefühle zu verbergen:

„Ich bin sicher, daß Sie den Beweggrund meiner Haltung und meines Schweigens begriffen haben werden. Ich fand mich zwischen zwei unabweisbaren und einander widersprechenden Forderungen eingeklemmt, zwischen der Pflicht der Erkenntlichkeit und der des Patriotismus. Meine Dankbarkeit befahl mir, zu Ihnen zu gehen; mein Patriotismus schärfte mir ein, mich von Ihnen fern zu halten. Ich habe dem Patriotismus gehorcht. Sie können diese Wahl nicht mißbilligen, die Sie in gleichem Maße auch getroffen hätten. . . Und unser Patriotismus, das wissen Sie genau, besteht darauf, alles, was deutsch ist, zu fliehen, ohne irgend welche Ueberlegung, ohne weiteres Nachdenken.“

speziell im letzten Drittel jedes Monats. Einzelne Leute bei Meißner arbeiten fast regelmäßig Überstunden, zum Teil 96 Stunden hinter einander, einer sogar kürzlich 12 Stunden mit ganz geringen Pausen.

Wesentlich liegt es in der Stahlputzerei des Meisters Lehmann, wo das Freitags die Nacht durchgearbeitet wird.

Wir haben schon einmal diese Zustände kritisiert und darauf hingewiesen, daß genügend Platz für neue Arbeitskräfte vorhanden ist, so daß dann in normaler Arbeitszeit die Aufträge zu erledigen sind. In hygienischer Beziehung ist vor allem die Stahlputzerei hervorzuheben. Die Fenster sind entzwei, u. Thor sieht wie eine Ruine aus; überall pfeift der Wind durch, so daß die Arbeiter fortwährend im Zuge stehen. Dazu kommt die Heizung durch offene Coaksförde mit ihren stinkenden Dünsten. Solche gesundheitswidrigen Zustände herrschen bei der Firma, die sich sonst ihrer Humanität rühmt.

Da wäre ein tüchtiger Ausschuß um so notwendiger, und sobald die wirtschaftlichen Verhältnisse sich ändern, wird dieser auch wieder zur Stelle sein. Bis dahin wird aber die „Volksstimme“ diesen Ausschuß ersuchen und die Klagen nicht nur der Firma, sondern auch der Öffentlichkeit bekannt geben. Gefällt das der Firma nicht, so mag sie sich dafür bei ihren Angestellten bedanken, auf deren Handlungen auch die Arbeiter zu geeigneter Zeit die entsprechende Antwort geben werden.

Mus der Fabrik Pfeiffer u. Schmidt in der Neustadt gehen uns in letzter Zeit mehrfach Klagen zu. Originell ist die Einrichtung, daß Herr Direktor S. seine Untergebenen per Pfeife zu sich entbietet. Die Worte in den 6 Arbeitsjahren sollen sich ebenfalls in einem Zustand befinden, der den gesetzlichen Vorschriften nicht genügt. Ist schon die Trennung der Geschlechter keine derartige, wie sie vernünftigerweise verlangt werden muß, so sind die dort vorhandenen Bedürfnisanstalten in gesundheitlicher Beziehung völlig unzulänglich. Von Ventilation in den stauberfüllten Räumen wie in den Aborten ist ebenfalls kaum etwas zu merken. Wir erwarten, daß sich die dort beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen zwecks Abänderung an den Fabrikinspektor wenden.

Die Kohlen-Einkaufsvereinigung hielt Dienstagabend im Richardischen Saale eine General-Versammlung ab. Der Vorsitzende berichtet zunächst über den Prozeß, welcher von sechs hiesigen Kohlenhändlern gegen die Vereinigung angestrengt war und zu Gunsten der letzteren ausgefallen ist. Die hierfür hinterlegten Prozeßkosten sollen den Mitgliedern in nächster Zeit zurückerstattet werden. Nachdem wurde der Rechenschaftsbericht erstattet. Eingezahlt waren bis zum 30. September vorigen Jahres von 1800 Mitgliedern 40 000 Mark, wofür bis Ende November 60 000 Centner Kohlen geliefert wurden. Zur Zeit ist ein Mitgliederbestand von 3000 zu verzeichnen. Bezogen sind 18 Raahnladungen mit insgesamt 120 000 Centner Kohlen. Bei den Banquiers waren eingezahlt 71 508 Mark, zu denen noch an Zinsen 261,04 Mark hinzukommen. An Lieferanten wurden gezahlt 43 703,41 Mark, an die Gasverwaltung 3899,24 Mark, an die Fuhrherren 9682,70 Mark, an Rückvergütung 9025,35 Mark. Bestand ist 3126,12 Mark, von dem nach Abzug der weiteren Rückvergütungen ein Ueberschuß von 820 Mark verbleibt. Die Entlastung erfolgte einstimmig. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. Für Herrn Bahnarzt Selomsky wurde Herr Kirchberg in den Vorstand gewählt. Zur Entgegennahme der einzuzahlenden Gelder wurden die Bankhäuser Dammann u. Prölß und Freise bestimmt. Mit der Einzahlung für den Sommer soll am 15. April begonnen werden.

Ueberfahren wurde am Mittwoch nachmittag gegen 2 1/2 Uhr in der Jakobstraße, in der Nähe der Kleinen Marktstraße, ein Herr, welcher dort den Fahrdamm überfahren wollte, von dem im vollen Zagen vom Alte Markt kommenden Fleischwagen des Fleischermeisters Friede. Durch einen Seitenprung des Pferdes wurde der Mann vor den Füßen desselben betwahrt. Mit einer stark blutenden Halswunde verließ der Herr die Unglücksstätte und begab sich nach dem in der Nähe befindlichen Polizeirevier.

Von Krämpfen befallen wurde am Donnerstag morgen gegen 8 Uhr in der Obenstedterstraße, kurz vor der Biegung bei der Ebdorferstraße, ein älterer Mann. Einige vorübergehende Feuerwehrlente nahmen sich des Bedauernswerten an und brachten ihn in ein nahegelegenes Haus, wo selbst sich der Fallstichtige nach einiger Zeit wieder erholt.

Aus dem Bureau des Stadt-Theaters wird uns geschrieben: Wir möchten darauf hinweisen, daß in der heutigen Aufführung vom „Wasserschmied“ Herr Alfred Stephani vom Regensburger Stadttheater als letztes Gastspiel auf Engagement den Städtinger singen wird. Unsere Opernfreunde möchten wir darauf aufmerksam machen, daß eine Wiederholung des morgen stattfindenden Gastspiels des Königl. Kammerängers Ernst Kraus, welchen wir als Stegmund in „Die Walküre“ hören, sich nicht ermöglichen ließ. Es wird also nur dieses eine Gastspiel stattfinden. Mit seinem neuesten Lustspiel „Das ewig Weibliche“, welches am Sonntag zur Erstaufführung kommt, hat der erfolgreiche Bühnendichter Robert Misch nach dem Ausbruch eines Berliner Blattes einen ganz neuen Weg eingeschlagen.

Provinz und Umgegend.

Groß-Ottersleben, 15. Februar. (Bericht.) Am Sonnabend, den 15. Februar abends 8 Uhr, fand im Strumpffischen Lokale die laufende Mitglieder-Versammlung des Groß-Otterslebener sozialdemokratischen Arbeitervereins statt. Behufs besserer Geschäftsführung wurde vom Genossen Koch vorgeschlagen, zu jeder Versammlung einen Schriftführer zu bestimmen, welcher Protokoll führt und wichtige Beschlüsse und Debatten in Form eines Berichtes der „Volksstimme“ überliefert; der Vorschlag wurde angenommen.

Sodann erstattete der Vorsitzende Bericht über die Beschlüsse des Vorstandes; derselbe verlas die Einteilung des Ortes in einzelne Agitationsbezirke und erklärte, daß auch die Bezirksführer ernannt seien. Sodann verlas er die Zahl

der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter; auch die Zahl der Leser der „Volksstimme“ und bewies damit, daß noch viel Aufklärungsarbeit in unserem Ort zu verrichten sei. Hierauf wurde von Genosse Koch der Vorschlag gemacht, bei der Kreis-Konferenz zu beantragen, denjenigen Genossen, welche agitatorisch in den Bezirken tätig sind, den Schaden, der ihnen durch ihre Arbeit erwächst, zu vergütigen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Zur Gemeindevertreterwahl wurde beschloffen, am 25. d. M. eine Volksversammlung mit einer sich hieran anschließenden Wählerversammlung der dritten Wahlabteilung abzuhalten, in welcher Genosse Thiel aus Caspel über „Die Maskerade in unserem Klassenstaat“ referieren soll. Nachdem noch einzelne Fragen unter Verschiedenes beantwortet waren, wurde die gut besuchte Versammlung um 11 1/2 Uhr geschlossen.

Westerhüsen, 19. Februar. (Ein interessantes Urteil.) Schon jahrelang wurden die Eigentümer mit Strafen bedroht wegen Hinausschütten von Schmutzwasser in den Rinnstein und erhielten dieserhalb der Arbeiter August Quier und der Eisendreher Gustav Reichert ein Strafmandat in Höhe von 1 Mark und der Schlosser Albert Kapas eins in Höhe von 2 Mark. Hiergegen legten diese Personen Berufung ein, doch erfolglos, denn das Schöffengericht zu Budaun bestätigte dieses Urteil. Auch das Landgericht zu Magdeburg schloß sich dieser Entscheidung an, so daß die Frage vor dem Kammergericht zu Berlin zum Austrag gebracht wurde. Hier fiel die Sache zu Gunsten der Angeklagten aus.

Da nämlich nach dem Wortlaut der Polizeiverordnung nur „übelriechende“ Flüssigkeiten nicht in die Straßengassen geleitet werden können, aber selbst schmutziges Seifenwasser nicht übel riecht, so mußte nach der Ansicht des Kammergerichts Freisprechung erfolgen.

am Altenplathow, 18. Februar. (Eine Versammlung auf dem Lande.) Im benachbarten Dorfe Nedekin fand am Sonntag, den 16. d. M., eine öffentliche Versammlung statt zu dem Zwecke, der Zahlstelle Zerichow des Bau- und Erdarbeiter-Verbandes an besagtem Orte neue Mitglieder zuzuführen. Aus Zerichow und Altenplathow waren eine Anzahl Genossen erschienen, sowie von Magdeburg Genosse Köppen. Das ganze Aufgebot von Honoratioren aus Nedekin, unter ihnen der Pastor, der Kantor, der Molkereinspektor, Gutswärter usw. hatten sich eingefunden, um den Plan illusorisch zu machen. Gleich im Anfange wurden krampfhaft Anstrengungen gemacht, um das Bureau in die Hände unserer Gegner zu bekommen; diese Versuche schlugen aber fehl. Nach dem Referate des Genossen Müller meldeten sich selbstverständlich jene Herren der Reihe nach zum Worte und jeder versuchte auf seine Art, den Referenten zu widerlegen.

Während der Beamte der Molkerei fast alle die Hunderttausende von Arbeitern, die durch die Not der Verhältnisse gezwungen sind, die Landstraße zu bevölkern, als Sauffläche bezeichnete und auf die angebliche Verschwendung hauptsächlich der großstädtischen Arbeiter schimpfte, war es selbstverständlich, daß der Gutsbeflissene eine Lanze für die Volkswirtschaft brach. Er war der Ansicht, daß die Arbeiterschaft nur dann höhere Löhne beanspruchen könnte, wenn sie für höhere Kornzölle einträte.

Mit christlichen Ermahnungen glaubte der Herr Pastor hervortreten zu müssen und hielt es für seine Pflicht, Schreien vor dem Zukunftsstaat zu säen.

Die interessanteste Figur hat aber der Herr Kantor Müller aus Nedekin abgegeben. Der Mann schien kein Sitzfleisch zu haben, denn alle Augenblicke schnellte sein Korpus in die Höhe, um dem Referenten ins Wort zu fallen, und es bedurfte vieler Mühe, ihm die parlamentarischen Ordnungsregeln einzuprägen. Er erklärte, auch Mitglied des Verbandes werden und wöchentlich seinen Beitrag zahlen zu wollen; aber das Geld solle nicht nach Berlin geschickt werden, sondern es solle am Orte bleiben und ein Wehl dafür getrunken werden. Einen etwas hierfreudigen Eindruck machte der werte Herr überhaupt in der Versammlung. Er leistete sich seiner nächsten Umgebung gegenüber den Ausdruck, der Referent müsse herausgeschmissen werden; von einem Bildner der Jugend sollte man freilich so etwas nicht erwarten.

Allzu großer Anstrengungen von Seiten des Genossen Müller bedurfte es nicht, um all die erhobenen Einwände und Anschuldigungen zu widerlegen, und das lebhafteste Bravo nach dem Schlussswort des Referenten zeigte, daß auch die Nedekiner Arbeiter einzusehen begannen, auf welcher Seite ihre Interessen vertreten werden.

Ueber Schulverhältnisse zu sprechen verbot der überwachende Gendarm mit der Motivierung, staatliche Einrichtungen dürften in dieser Versammlung nicht besprochen werden und ließ sich auch trotz energischen Protestes darüber nicht bekehren. Um im Interesse der Sache eine eventl. Auflösung der Versammlung zu vermeiden, wurde mit dem Bemerkten, den Beschwerdebeweg beschreiten zu wollen, auf diesen Punkt verzichtet. — Vielleicht werden auch auf dem Lande die Polizeibeamten allmählich über das Vereinsgesetz belehrt, wenn nicht durch ihre Vorgesetzten, so doch durch — die Sozialdemokraten.

Braunschweig, 19. Februar. (Preßprojekte.) Genosse Herzberg, Redakteur des „Braunschweig. Volksfreund“, wurde heute wegen Beleidigung eines Tischlermeisters zu einer Gefängnisstrafe von vier Wochen und wegen Beleidigung eines Straßenbahndirektors zu einer Geldstrafe von 75 Mark verurteilt.

r. Burg, 18. Februar. (Von der städtischen Sparkasse.) Von einem Notstande ist nach dem Sparlassenbericht pro 1901 eigentlich nichts zu spüren. Die Einzahlungen sind von 1 061 596 Mark im Jahre 1900 auf 1 283 806 Mark in 1901 gestiegen. Das ist ein Mehr von 222 210 Mark. Im Jahre 1900 betrug das Mehr der Einzahlungen nur 16 111 Mark gegen 1899. Wir gehen des-

halb wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß die kolossale Steigerung der Einzahlungen von fast einer Viertelmillion Mark nicht etwa auf kleine Einlagen sparer Arbeiter und Handwerker zurückzuführen ist, sondern daß das sonst in Industrie, Staats- und Hypothekbankpapieren angelegte Kapital wohl haben der Leute, die geängstigt durch die Krachs und die damit zusammenhängende Waise aller Wertpapiere in die niedrig verzinsende aber sichere Sparkasse geflüchtet ist.

Das geht auch daraus hervor, daß die Rückzahlungen sich in durchaus mäßigen Grenzen halten. Belegt sind nämlich 12 137 Bücher mit fast fünf Millionen Mark. Von dem Reingewinn von 25 523 Mark fließt die Hälfte dem Reservefonds, die andere Hälfte dem Stadtfiskus zu. Ein Drittel sämtlicher Bücher ist mit Summen bis zu 60 Mark belegt (4013 Stück). 1921 Einleger haben 60—150 Mark für etwaige Notfälle in Reserve; über 150—300 Mark verfügen 1612 Buchhaber und 1793 nennen 300—600 Mark ihr Eigen. Die 2798 „Sparer“, die dann von 600—3000 Mark haben, dürften zu einem nicht geringen Teile zu den vorzüglichen Leuten gehören, die ihren Mammon in den 3 1/2-prozentigen Sagen der Sparkasse bugliert haben, bis wieder bessere Zeiten kommen. Die wenigen Mark der kleinen Sparer werden vielleicht in diesen Zeiten der Not und Arbeitslosigkeit die „bessere“ Zeit in der Sparkasse nicht mehr erleben.

Burg, 18. Februar. (Bahnidyll.) Vor einigen Tagen benutzten einige Herren von Berlin den Zug nach hier und waren in einen der letzten Wagen eingestiegen. Als ihnen in Brandenburg der Aufenthalt zu lang vorkam, wurden sie schließlich getraut, daß der Wagen, in dem sie saßen, abgehängt worden und der Zug bereits fort war. Es blieb den so am Weiterfahren Hindernissen weiter nichts übrig, als ein nahe gelegenes Hotel aufzusuchen und nun den Beschwerdebeweg zu beschreiten. Schon in Potsdam und weiter in Brandenburg wird der Zug je nach Bedarf um einige Wagen verkürzt. Den Insassen des Coupées sagt man aber davon gar nichts. Ein genußlicher Zustand! Hoffentlich Klagen die Herren auf Schadenersatz!

Halberstadt, 19. Februar. (Die Stadtverordneten-Versammlung) beschloß in ihrer letzten Sitzung die Erhöhung des Schulgeldes für die 2. und 3. Klasse der Vorbereitungsschule des Realgymnasiums von 80 auf 100 Mark. Eine Eingabe auf Errichtung einer Nachlaterne in der Westerhäuserstraße an dem Bahnübergang wurde abgelehnt. Der dort herrschende Nebelstand wird also weiter bestehen bleiben. Eine Nachlaterne ist wahrscheinlich für die Stadt zu kostspielig, weil die Nacht mit den Stadtbütern schon den Etat zu sehr belasten.

e. Osterwieck, 18. Februar. (Eine öffentliche Gewerkschafts-Versammlung) fand am Sonntag, den 16. Februar, im Lahmannschen Lokale statt. Genosse Seeger gab den Jahresbericht des Kartells. Der Klassenbericht weist eine Einnahme von 231,93 Mark und eine Ausgabe von 166,05 Mark auf und schließt mit einem Bestande von 65,88 Mark. Leider hatten die Buchdrucker nach einer halbjährigen Zugehörigkeit ihre Vertreter ohne Angabe von Gründen wieder zurückgezogen und waren deshalb zu dieser Versammlung eingeladen. Schriftlicher Parteiverpflicht nach langer Debatte, seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß die Buchdrucker sich an das Gewerkschaftskartell wieder anschließen. Folgende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme:

„Die am 16. Februar im Lahmannschen Lokale tagende Gewerkschafts-Versammlung hält die Organisation des Gewerkschaftskartells hier für eine Notwendigkeit. Wenn kein Gewerkschaftskartell am Platze wäre, würde die Gewerkschaftsbewegung in Osterwieck jeden Halt verlieren, Neugründungen nicht bestehender Gewerkschafts-Organisationen würden unmöglich gemacht, jeder Zusammenhalt der Arbeitervertreter der verschiedenen Institutionen wie Krankenkassenvertreter wäre undenkbar. Aus diesem Grunde beschließt die heutige öffentliche Gewerkschafts-Versammlung das Kartell energisch zu unterstützen und fordert die fernstehende Gewerkschaft auf, sich dem Kartell anzuschließen.“

Quedlinburg und Thale, 17. Februar. (An unsere Genossen.) Es sei an dieser Stelle nochmals auf die durch Inserat bereits bekannt gemachten, am Sonntag, den 22. Februar, und am Sonntag, den 23. Februar, stattfindenden öffentlichen Versammlungen hingewiesen, in welchen Genosse Paul Göhre, Pastor a. D., über „Die politische Lage und die Parteien“ referieren wird. Da das Thema ein in der Gegenwart sehr wichtiges, so ist es wohl selbstverständlich, daß alle Parteigenossen in dieser Versammlung erscheinen und für guten Besuch derselben agitieren.

dt. Quedlinburg, 17. Februar. (Die untere Verwaltungsbehörde) hat auf Grund des § 1 des Krankenversicherungsgesetzes, des § 3 des Invalidenversicherungsgesetzes, § 6 des Gewerbeunfallgesetzes und des § 5 des Unfallversicherungsgesetzes für Forst- und Landwirtschaft den Durchschnittswert der Naturalbezüge für die nach den vorbezeichneten Gesetzen versicherten Personen wie folgt festgestellt:

für volle freie Station . . .	1,25 Mark
„ Wohnung	0,40 „
„ Mittagbrot	0,40 „
„ Frühstück und Vesperbrot . . .	0,40 „
„ Abendbrot	0,25 „
„ Kaffee am Morgen	0,10 „

die Bezüge verstehen sich für den Tag.

ow. Staffurt, 20. Januar. (Die Gestellung der Militärpflichtigen) findet im Kaffischen Lokale statt und zwar am 10. März, vormittags 10 Uhr, für die Militärpflichtigen des Jahrganges 1882 und vom Jahrgang 1881 für die mit den Anfangsbuchstaben A bis D, am 11. März, vormittags 10 Uhr, für die übrigen Militärpflichtigen des Jahrganges 1881, für diejenigen des Jahrganges 1880 und die Restanten. Am 12. März, vormittags 10 Uhr, findet die Erörterung der Reklamationen statt.

Die Militärpflichtigen, welche im Kreise Calbe geboren und anwesend sind, haben sich mit den Leuten ihres Ge-

gehoffen wurden. In diesem Bankett nahmen 1500 Personen teil, darunter viele Delegierte aus den Provinzen. Auch eine ganze Anzahl Unternehmer, u. a. der Präsident des Bundes für Handel und Industrie, Direktoren von Aktien-Gesellschaften usw. hatten sich eingefunden. Ein Herr Paul Banoir, der Generalsekretär der „Unabhängigen Arbeitsbörse“ hielt eine Ansprache. In derselben befandete er, daß die Gelben gegen die gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit sind. Sie wollten nichts wissen von dem „kollektivistischen Paradies“. Der Formel: „Organisiert euch gegen die Unternehmer“ setzte er die Formel entgegen: „Wir wollen uns organisieren mit unseren Arbeitgebern“. Waldeck-Rousseau, der den Kollektivistischen zu sehr entgegenkäme, sowie Millerand und Jaures wurden besonders von ihm angegriffen. Darauf sprach ein Unternehmer, Herr Zaph, im Namen der Unternehmergruppe „Freunde der Gelben“ und beglückwünschte natürlich die Gründung der Gelben. Man dürfe die Nation nicht mehr trennen in Reaktionsäre, Sozialisten, Proletarier, Kapitalisten usw., sondern man dürfe die Franzosen nur scheiden in die guten und die schlechten. Zu den schlechten gehören natürlich die Roten, zu den guten außer den Unternehmern selbstverständlich die Gelben. — Diese organisierten Streikbrecherkolonnen dürfen seitens der organisierten Arbeiterchaft Frankreichs durchaus nicht unterjocht werden; auf oben bezeichnetem Bankett waren allein 317 Gruppen derselben vertreten, und fortgesetzt entstehen unter Mithilfe der Unternehmer und der Kirche neue Vereinigungen solcher Art. —

Gerichts-Beitrag.

Landgericht Halberstadt.

Sitzung vom 15. Februar 1902.

Wissentlich falsche Beschuldigung. Der Arbeiter Johann Sackreide aus Halberstadt hat bei der Staatsanwaltschaft am 2. April eine Anzeige gegen seinen Schwiegervater Polarczit wegen Sittlichkeitsvergehen wissentlich falsch erstattet und wird darum zu 1 1/2 Jahren Gefängnis sowie 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. Auch wird dem Schwiegervater Publikationsbefugnis zuerkannt. —

Unschuldig verurteilt. Wegen Blutschande mit seiner Stieftochter sind vom Landgericht in Halberstadt am 3. Juli v. J. der Fingerringmeister Karl Franke und die unverschämte Marie Wölffert, beide aus Watenleben, zu je 1 Jahr Gefängnis, ersterer auch zu 5 Jahren Ehrverlust verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hatten die Angeklagten beim Reichsgericht die Revision beantragt. Das Reichsgericht hob das Urteil auf und verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Landgericht zurück. Franke wird aus dem Strafgefängnis kommen und die Wölffert aus Halle vorgeführt. Die Verhandlung, welche unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand, endete für die beiden Angeklagten mit der Freisprechung und sofortiger Entlassung aus der Strafkammer. —

Freigesprochen. Von der Anklage des Diebstahls in zwei Fällen wird der Arbeiter August Sack aus Halberstadt, obgleich der Staatsanwalt 1 1/2 Jahre Zuchthaus gegen ihn beantragt hatte, freigesprochen und sofort aus der Untersuchungshaft entlassen. —

Betrug, Untreue und Beihilfe. Der frühere Stationsvorsteher Paul Dronia aus Königsau und der frühere Kontrollassistent Heinrich Wismann in Sarnstedt waren Beamte der Alsterbahn-Mienhagener Kleinbahn. Nach eigenem Geständnis

Dronias hat er im Jahre 1898 bis 1900 in vielen Fällen Betrugsvergehen dadurch begangen, daß er anstatt der Borkrist gemäß, zugleich vor der Abtrennung den Abfahrts- und Bestimmungsort zu durchlöcheren, auf dem Blod nur eine nähere Station als Bestimmungsort, auf dem Bilet dagegen den richtigen Ort angegeben habe. So habe er auf dem Bilet Königsau-Mienhagen richtig, auf dem Blod aber nur Königsau-Schabeleben coupirt. Berechnet wäre dann der Fahrpreis Königsau-Schabeleben, — 1 Km. Entfernung, kostet 3. Klasse einfache Fahrt 10 Pfg. — während er den Ueberzuschuß Schabeleben-Mienhagen im Betrage von 1.40 Mk. einsteckte und nachher mit Wismann teilte. Dies hätte er in sehr vielen Fällen so gemacht. Außerdem aber hätte er die Zuckerrabrik C. V. Schöck, welche ein eigenes Anschlußgleis hat, dadurch geschädigt, daß er ihr hohe Frachttäge in Verrechnung brachte und den Ueberzuschuß von 152.20 Mark für sich verwandte. Thatsächlich wurde die Eisenbahngesellschaft um ca. 1000 Mark geschädigt, von denen sie 500 Mark aus der Kaution Dronias und 300 Mark bar von ihm ersetzt erhalten hat. Dronia wird zu 9 Monaten, Wismann zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. —

Kleine Chronik.

Dem Raubmörder Kneißl

wurde heute morgen die Bestätigung des gegen ihn ergangenen Todesurteils durch den Ersten Staatsanwalt in Augsburg mitgeteilt. Kneißl, der anfangs sehr trotzig auftrat, hat dann um eine Gnadenfrist. Die Hinrichtung erfolgt am Freitag früh um 7 Uhr. Dem Raubmörder wurden jetzt die Fußfesseln abgenommen; man brachte ihn in eine Zelle im Erdgeschoß des alten Gefängnisses, von wo aus er morgen nur 30 Schritte weit zur Guillotine zu gehen haben wird. —

Der Fall Biethen

dirfte auch jetzt, nachdem Albert Biethen durch den Tod von seinem 17jährigen Zuchthäuslerleben erlöst worden ist, noch nicht zur Ruhe kommen, vielmehr wird von den Verfechtern der Biethen-Sache auch nach dem Tode des Verurteilten der Kampf für die Rehabilitierung Biethens und die Ausmerzung eines behaupteten Justizirrtums fortgesetzt werden. —

Kleine Tageschronik. Der Bauunternehmer Hermann Feistel in Trieseb bei Gera, der Wechselfälschungen im Betrage von mehreren 100 000 Mark verübt haben soll, wurde verhaftet. — Bei dem Bahnhofsneubau zu Arnberg erschlug ein herabfallender, 18 Centner schwerer Portalschlusstein einen Maurer. — Die Strafkammer zu Liegnitz verurteilte gestern den früheren Kassierer der Niederschlesischen Kreditbank Hugo Frisch wegen Unterschlagung und Urkundenfälschung zu drei Jahren Zuchthaus und vier Jahren Ehrverlust. — In Weidenthal (Rheinpfalz) ist die bedeutende Weidenhäger Tuchfabrik von Friedrich Unger durch einen Brand fast vollständig eingekerkert worden. — In Greppin wurde der Arbeiter Nowakki auf offener Dorfstraße von zwei Arbeitern überfallen und durch Messerschnitte getötet. — Der wegen Desertierens in Wilhelmshaven internierte Matrose Kniepel ist zum zweiten Male entsprungen. — Aus Budapest wird gemeldet, daß der Chef der Korrespondenzabteilung des Budapestervereins, Samuel Szalay, der zwei Postpartassenscheits im Betrage von 28000 Kronen unterschlagen hat, verhaftet worden ist. — Zwischen den Stationen Ghepes und Marlo in Ungarn entgleiste ein Personenzug. Die Lokomotive stürzte vom Dammbahn und rief einen Waggon mit sich. Zwei Schaffner und ein Bahnwächter blieben tot. —

In Meisenburg erstach der Oekonomiehändler Schulz den Kürassiergefreiten Kracziwicz mit einem Sattelmesser, weil der Gefreite dem Schulz Vorhaltungen wegen Trunkenheit gemacht und ihn geschlagen hatte. —

Elschnuggelprozeß. Nachdem am Sonnabend die Verweisaufnahme zu Ende geführt, wurde am Montag mit den Maidoyers begonnen. Nach einem Rückblick auf den Lengener Ehlerprozeß von 1899 und nach eingehender Betrachtung der Straftaten der einzelnen Angeklagten, beantragt der Vertreter der Staatsanwaltschaft Assessor Dr. Sternbeck gegen die Angeklagten Otto Köthke, Kotelmann, Wilhelm Torney, Trappe und Georg Schulz Freisprechung, gegen Alexander Köthke 3 Jahre Zuchthaus, 4 Jahre Ehrverlust und Polizeiaufsicht, gegen Lamprecht 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus und 2 Jahre Ehrverlust, gegen Medeker 3 Jahre Zuchthaus, 4 Jahre Ehrverlust und Polizeiaufsicht, gegen Wehmeyer 3 Jahre 6 Monate Zuchthaus und 4 Jahre Ehrverlust, gegen Paul Torney 1 Jahr 9 Monate Zuchthaus, gegen Ludwig 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus, gegen Klein 3 Monate Gefängnis, gegen Klinge 2 Jahre Zuchthaus, 2 Jahre Ehrverlust, gegen Weidemann 3 Jahre Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust, gegen Lehner und Ladewig je 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus und 2 Jahre Ehrverlust, gegen Schult 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust, gegen Lewes 2 Jahre Zuchthaus und 2 Jahre Ehrverlust und gegen Heinrich Köthke 6 Monate Gefängnis.

Am Mittwoch wurde nach den Reden der Verteidiger erkannt gegen Alexander Köthke auf 2 Jahre Zuchthaus, gegen Wilhelm Lamprecht auf 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus, gegen Medeker auf 3 Jahre Zuchthaus, gegen Wehmeyer auf 3 Jahre 6 Monate Zuchthaus, gegen Paul Torney auf 1 Jahr Zuchthaus, gegen Ferdinand Schult auf 2 Jahre Zuchthaus, gegen Hermann Lewes auf 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus, gegen Louis Weidemann auf zwei Monate Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft verbüßt sind. Gegen Heinrich Köthke wurde das Verfahren eingestellt. Alle übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Den Verurteilten wurde die mehrmonatliche Untersuchungshaft auf die Strafe angerechnet. —

Letzte Nachrichten.

(„Herald“, Debeschen-Bureau.)

Sanz, 20. Februar. Die Gemeindevertretung von Gr.-Lippen beschloß den Reichsrats-Abgeordneten Wolf aus der Liste ihrer Ehrenbürger zu streichen. —

Triest, 20. Februar. Hier herrscht andauernde Ruhe. Das „Amtsblatt“ schreibt die erste Schwurgerichtssitzung für den 7. April aus; man glaubt, daß bis dahin der Ausnahmezustand aufgehoben sein wird. —

Yokohama, 20. Februar. Mehrere japanische Offiziere, welche beschuldigt sind, in China geplündert zu haben, sind vor ein Kriegsgesicht gestellt worden. —

Zur Steuer der Wahrheit

Auf die gegen mich in der „Volksstimme“ von seiten der sogenannten Agitationskommission gerichteten Angriffe beabsichtigte ich zuerst nicht zu antworten, doch bin ich von Freunden und Kunden veranlaßt, folgende Erklärung zu geben.

Ueber die tarifmäßige Lohnzahlung in meinem Geschäft haben bereits die für mich arbeitenden Schneider geantwortet und lasse ich weiter unentstehend das Schriftstück, welches sich in meinen Händen befindet, folgen.

Zu dem Schlußsatz des letzten Versammlungsberichtes der Schneider, welcher lautet:

„Eine hochgradige Erregung hatte sich bei Besprechung der Uebelstände im Finkeschen Geschäft der Versammlung bemächtigt,“

erwidere ich: Die Leser der „Volksstimme“ sollen nunmehr erfahren, aus welchem Grunde sich der Versammlung eine hochgradige Erregung bemächtigte.

Den Schneider Otto Schiffmann, welcher bis Januar d. J. mit einem Wochenlohn von 33 Mark bei mir beschäftigt war, mußte ich wegen seiner besonderen **Tüchtigkeit** entlassen, da ich einen großen Teil meiner Maktkundschaft im letzten Jahre verloren habe.

Der Flick- resp. Tagelöhner Helmede, welchen ich auf Veranlassung Schiffmanns engagierte und auf dessen Verhehung auch wieder entlassen mußte und welcher ca. ein Jahr bei mir beschäftigt war, erhielt bei mir einen Wochenlohn von 21 Mark, für welchen Betrag er mir laut vorliegenden Büchern Arbeiten pro Woche im Betrage von 9—15 Mark lieferte, trotz 21 Mark Lohnzahlung.

Tarif: Minimallohn 15 Mark, Maximallohn 21 Mark.

Der Schneider Wittmann, welcher nur kurze Zeit bei mir beschäftigt war, leistete dieselben Arbeiten, wie vorgenannter Herr, erhielt als Anfangswochenlohn 17.50 Mark. Derselbe gebrauchte z. B. für die Anfertigung eines Kinderhüschens, für welches in einem Konfektionsgeschäft 25 Pfg. gezahlt wird, sage und schreibe 6 Stunden Arbeitszeit. Der Vertrauensmann der Schneider für Magdeburg, Heinrich Heß, sollte überhaupt nicht bei mir beschäftigt werden, hatte es aber doch verstanden, sich Arbeit bei mir zu verschaffen. Nach Ansicht des Zeichners Schiffmann war die Arbeit deselben für den gezahlten Preis nicht zu gebrauchen. In einem Falle ließ sich H. ein Stück Arbeit im voraus bezahlen und ich mußte froh sein, dasselbe nur unfertig wieder zurückzuerhalten.

Von den vorgenannten Herren geht die Agitation gegen mich aus, es mag ja bitter sein, wenn man solche Stellen verlieren muß.

Nun Publikum urteile du!

Wir, die Schneider der Firma Ehrenfried Finke erklären durch Namensunterschrift, daß wir bis dato sämtliche **Mahrsachen** tarifmäßig bezahlt erhalten haben. Gleichzeitig erklären wir noch, daß wir stets schnell expediert und auch immer mit der größten Unständigkeit behandelt worden sind.

Hermann Teufe. Eduard Schöen. Friedrich Treschau. Alb. Heppner. Ed. Weit.

Ehrenfried Finke

Konfektions-Haus

125-126 Magdeburg, Breiteweg 125-126.

NB. Ich erkläre es als eine Feigheit, nachdem die Herren nicht mehr bei mir sind, über mich herzufallen; wenn etwas gegen mich vorlag, so mußten die Herren, so lange Sie bei mir in Stellung waren, öffentlich gegen mich vorgehen. Es ist schlimm für jemand, Parteigenosse und Arbeitgeber zu gleicher Zeit zu sein.

Deutscher Metallarb.-Verband

Verwaltungsstelle Magdeburg.
Fernsprech-Anschluß Nr. 404. Bureau: Knochenhauerstr. 27/28, I.
Sonnabend, den 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung des Bezirks Olvenstedt im Lokale des Herrn Schinke.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen S. Pöhrensen.
2. Verhandlungsgegenstände.
3. Verschiedenes.

Sonntag, den 23. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr:
General-Versammlung
im „Luisenpark“, Spielgartenstraße 1 c.
Tages-Ordnung:
1. Geschäfts- und Revisionsbericht vom 4. Quartal und Jahresbericht für 1901.
2. Bericht der Revisoren.
3. Berichtserstattung der Delegierten von der Konferenz in Hildesheim.
4. Stellungnahme zu den Beschlüssen des Gewerkschaftsartikels.
5. Verschiedenes.

Kollegen! Die obige Generalversammlung ist die wichtigste des Jahres. In derselben wird ein getreues Spiegelbild der vielseitigen Tätigkeit, welche unser Verband entfaltet hat, gegeben werden. Auch andere wichtige Berichte werden erstattet. Um für den Meinungsaustausch genügend Zeit zu haben, muß die Versammlung präzise beginnen. Wir werden deshalb die Versammlung pünktlich eröffnen und erwarten, daß die Kollegen nicht nur vollzählig, sondern auch zur angelegten Zeit zur Stelle sind.

Gr. öffentliche Versammlung
der Kutscher, Speditions-, Speicher- u. Kohlenarbeiter, Hausdiener, Möbel-Transporteure u. Arbeiter in kaufmännischen Betrieben
am Sonnabend, den 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr
in Müllers Restaurant, Tischlerkrugstr. 22.
Tages-Ordnung:
1. Das Transportgewerbe und seine Bedeutung im modernen Wirtschaftsleben.
Referent: Kollege Oswald Schumann, Berlin.
2. Die Arbeiter-Entlassungen u. Lohnereduktionen in unsern Berufe.
3. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen erwartet
Der Einberufer.

☞ Zwei grosse ☜
öffentl. Volksversammlungen
finden statt in
Sonnabend, d. 22. d. M., abends 8 Uhr
im Rest. Vorwärts.
Sonntag, den 23. ds. Mts., nachm. 3 Uhr
im Gasthof „zur grünen Tanne“.

Thale: im Gasthof „zur grünen Tanne“.
Thema:
Die politische Lage und die Parteien.
Referent: **Paul Göhre**
Pastor a. D. in Berlin.
Freie unbeschränkte Diskussion wird jedem zugesichert.
Die Einberufer.

Burg.
Freitag:
Frische Wurst
Carl Jesse
Solzstraße. 2185

Fleisch-Offerte!
Officiere heute Freitag, sowie morgen Sonnabend in vorzüglicher, frischer Ware:
ff. Kalbfleisch
à Pfd. 35, 40, 45 u. 50 Pfg.
ff. Schweinefleisch
à Pfd. 55, 60, 70 Pfg. ujm.
ff. Rindfleisch
à Pfd. 50, 55, 60 u. 65 Pfg.
ff. Hammelfleisch
à Pfd. 50, 55 und 60 Pfg.

Richard Bosse
Jakobsstraße 41. 2188

Gute
Speisekartoffeln
5 Liter 18 Pfg.
Paul Manecke
Luisenparkstr. 1.

Möbel-Einrichtungen
Grösste Auswahl
in den grossen Läden und 5 Möbelspeichern
J. Mook
Magdeburg
jetzt nur 2018
51 Jakobsstrasse 51
dicht beim Standesamt
gegenüber dem Rathaus.

Vortrag- und Aufführungs-sachen für
Herren-Abende
Von Hermann Schönrock.
Nr. 1.—
Buchhandlung Volksstimme.
August Schumm
Eudenburg 119
Braumichweigerstr. 19
Gehacktes, Rot- u. Leberwurst, Gölze
70 Pfg., in ganzen Würsten 60 Pfg.,
bei Brüggemann, Färberstr. 18.

Am Anfang des Jahrhunderts.

Allgemeiner Beachtung empfohlen
ist die von hervorragenden Fachleuten bearbeitete populär-wissenschaftliche Broschüren-Serie:
Am Anfang des Jahrhunderts.
Die Serie erscheint in zwanglosen Heften à 30 Pfg. und will in gemeinverständlichen Abhandlungen die Fortschritte auf den einzelnen Gebieten behandeln, die Ergebnisse des 19. Jahrhunderts darstellen und Aussblicke auf das 20. Jahrhundert geben.
Bisher sind 12 dieser Hefte erschienen:
1. Kulturelle Umwälzungen im 19. Jahrhundert von Dr. Bruno Vorhördt.
2. Die Entwicklungslehre im 19. Jahrhundert von Wilhelm Bösche.
3. Die soziale Gesetzgebung im 19. Jahrhundert von Paul Sirch.
4. Der Militarismus im 19. Jahrhundert von Carl Bleibtreu.
5. Die Kirche im 19. Jahrhundert von Paul Göhre.
6. Die Weltwirtschaft im 19. Jahrhundert von Richard Entwer.
7. Nationalismus und Internationalismus im 19. Jahrhundert von Dr. Ladislav Gumplowitz.
8. Die Naturgeschichte im 19. Jahrhundert von Dr. Curt Grottel.
9. Die hygienische Kultur im 19. Jahrhundert von Dr. Alfred Grotzahn.
10. Die Medizin im 19. Jahrhundert von Dr. Ignaz Jadel.
11. Liebe und Liebesleben im 19. Jahrhundert von Dr. Ernst Gylström.
12. Die Prostitution im 19. Jahrhundert von Dr. Alfred Blaschko.
Die weiteren Hefte werden u. a. behandeln:
Die Gesellschaft im 19. Jahrhundert.
Die Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert.
Staat und Gemeinde im 19. Jahrhundert.
Die Frau im 19. Jahrhundert.
Die Satire im 19. Jahrhundert.
Das Verbrechen im 19. Jahrhundert.
Die Revolution im 19. Jahrhundert.
Himmel und Erde im 19. Jahrhundert.
Jedes Heft ist etwa 64 Seiten stark und enthält, wo der Stoff es erheischt, Abbildungen im Text.
Jedes Heft ist einzeln zu haben.
Preis 30 Pfg.
Zu beziehen durch sämtliche Kolporteurs resp. Aussträgerinnen sowie durch die
Buchhandlung Volksstimme
49 Jakobsstraße 49.

Buchhandlung Volksstimme
49 Jakobsstraße 49.

Kur- u. Badeanstalt Sudenburg
69 Wolfenbüttlerstraße 69
empfehlen 2100

Dampfbäder, Packungen, Massagen etc.
Moorbäder von natürlicher Mooreerde.
Kohlenjäurebäder
sowie sämtliche Bäder zu Heilzwecken.
Bannen-Reinigungsbäder 25, 50 Pfg.

Rosche's Restaurant
Eudenburg, Braumichweigerstraße 2a.
Sonnabend, den 22. Februar, abends 8 Uhr:
Großes Preis-Statspiel und Vorkbierfest
wozu ergebenst einladet
Chr. Rosche.

„Odeum“, Halberstadt.
Verbände Metallarbeiter u. Schmiede
Zu dem am Sonnabend, den 22. Februar, abends 8 Uhr im „Odeum“ stattfindenden
Narren-Abend!
bestehend in musikalisch-humorist. Unterhaltung und Ball
erlauben wir uns alle Freunde hiermit einzuladen.
Das Komitee.

Deutscher Tabakarbeiter-Verein
(Zahlfstelle Magdeburg).
Mitglieder-Versammlung
Sonnabend, den 20. d. M., abends 8 1/2 Uhr,
im Verbandslokal, Zaphenstraße 9.
Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zu den Lohnabzügen bei der Firma Lindau und Winterfeld. 2. Verschiedenes.
Die Mitglieder werden ersucht, in dieser Versammlung pünktlich und vollzählig zu erscheinen.

Zahn-Meister
R. Zimmermann
Magdeburg-Neustadt
Lübeckstr. 29, 1.
Ausnahme-Preise:
Ein Gebiß mit 3 Zähnen 7.50 M.
Ein Gebiß mit 4 Zähnen 8.00 M.
Ein Gebiß mit 5 Zähnen 8.75 M.
Ein Gebiß mit 6 bis 12 Zähnen à Zahn 1.50 M.
Ganzes Gebiß mit 24 Zähnen (oben und unten) 50.00 M.
Nur gegen Abgabe dieser Annonce! 2139
Ohne diese à Zahn 3.00 M.
Diese Ausnahme-Preise bestehen nur bis 31. März.
Auf Wunsch Teilzahlung ohne Preisverhöhung.
Anzahlung 3 M., Abzahlung wöchentlich 1 M.
10jährige Garantie... für Haltbarkeit
Ein Geschenk!
für Hochzeit, Geburtstag, Jubiläum oder als Andenken aus Magdeburg und Budan (letztere mit Anfertigung) taugt man am billigsten in sehr reicher Auswahl bei
Rud. Brüning, Magdeburg, Schönebaderstr. 21, schrägüb. d. Kirche 5 Proz. Rabatt in bar od. Sparrmarkt.
Neue Nähmaschinen a. Teilzahl. 6 Std. geb. v. 15 M. u. Garantie Kreuzgangstr. 7, 1 Et., d. a. Dom.

Wie lernt man eine moderne fremde Sprache?
Von Dr. S. Gruber. M. 1.—
Buchhandlung Volksstimme.
Heute Freitag u. morgen Sonnabend:
Fleischverkauf
zu bekannt mäßigsten Preisen
A. Bosse
14 Gr. Münzstr. 14.

Aschersleben!
Roschslächtere
mit elektr. Betrieb. Täglich frisch geschlachtete Roschfleischwaren sowie ein ff. Glas Bier. Gleichzeitig mache ich auf mein durch elektr. Kraft getriebenes Orchesterinstrument neuester Konstruktion aufmerksam. 1766 Hochachtungsvoll
A. Engers, Hopfenmarkt 14
Filiale Oberstraße 47.

Verloren ein großer Schlüssel vom Wilhelmplatz bis Charlottenstraße 22, abzugeben bei Log. 676
Walhalla.
Gastspiel
Traudchen
Hundgeburt
die rhein. Dorf-Opette.
dazu das
neue großartige Künstler-Spezialitäten-Programm.
Schlager auf Schlager.

Stadt-Theater.
Freitag, den 21. Februar 1902.
Einmal. Gastspiel des fgl. Kammerjägers Ernst Kraus.
Die Walküre.
Frau **Erleben** zu ihrem 35. Biennestefte wünschen wir das Allerbeste. 673
Nate mal von wem?
Standesamt.
Magdeburg, 19. Februar.
Aufgebote: Majchinist Rudolf Hainig mit Luise Gebhardt hier, Kaufmann Ernst Hohoff in Budan mit Marie Luther hier. Schuhm. Wilhelm Reinhardt in Gr.-Frieden mit Auguste Adelheid Marie gen. Dora Wolbrecht in Northeim. Gastwirt Wilhelm Gustav Christ. Otto Liedege in Westerküchen mit Sophie Wilhelmine Margarete Anna Schäfer in Rogau. Schmiedemeister Otto Hermann Densdorff in Weitzendorf mit Marie Johanne Luise Blume in Wolmirstedt. Kupferhändler Samuel Kreifmeyer mit Wilhelmine hier.

Eudenburg, 19. Februar.
Aufgebote: Wader Friedrich Wilhelm Heinicke in Helmstedt mit Luise Schiffer hier. Kaufm. Paul Adolf Wilhelm Eibau mit Johanne Luise Dorothee Lindt. Hausdiener Karl August Ferdinand Horn mit Juliana Gerstenhorn. Restaurat. Meinhold Walter Julius Schreiber in Leinsdorf mit Ilse Amalie Amanda Heide hier.
Todesfälle: Schuhm. August Schmidt, 56 J. 9 M. 29 J.
Aufgebote: Hilsbrems, Franz Otto Wengewein hier mit Marie Elisabeth Merken in Magdeburg.
Geburten: Otto, S. des Schlossers Otto Seibt. Kurt Wilh. Hermann, unehelich.
Todesfälle: Zimmermeister Karl Strödel, 50 J. 6 M. 26 J. Lucie, T. des Hilsbremsers Alwin Stolte, 1 M. Elise, T. des Schmieds Otto Wam, 1 M. 12 J.
Totgeburt: T. unehelich.
Salble, 1. bis 15. Februar.
Aufgebote: Uhrmacher Wilh. Müller in Magdeburg mit Marie Wst geborne Stohmann in Salble. Maurer Wilhelm Gerloff in Westerküchen mit Emma Lammer in Salble.
Todesfälle: Julius Franz, S. des Schachneisters Rich. Herrmann in Fermerlesleben, 1 J. 4 M. 14 J. Arbeiter Karl Lütger in Salble, 64 J. 27 J. Rosalie geb. Bach, Ehefrau des Werkmeisters Friedrich Schmidt in Fermerlesleben, 41 J. 6 M. 11 J.
Ashersleben, 18. Februar.
Aufgebote: Hotelbesitzer Reinhold Worch in Dauterode mit Martha Werner hier.
Geburten: Sohn des Bergarbeiters Max Martin Pawelgeck. T. des Schneidemüllers Hermann Bauske. S. des Schneiders Wilh. Brantiu. S. des Seilers August Diebihanz. Zwei Söhne, unehelich. T. des Buchhalters Albert Strobach. T., unehelich.
Todesfälle: Arbeiterin Bertha Göhr, unehelich, 18 J. 13 J. Meutner Hermann Ehlers, 64 J. 1 M. 9 J.
Staßfurt.
Aufgebote: Dackier u. Friseur Albert Meitze in Halberstadt mit Minna Rothnagel hier.
Geburten: T. des Bergarb Franz Ende. T. unehelich. S. unehelich. S. des Fabrikarbeiters Franz Sillau. S. des Tischlers Hermann Singewald. T. des Jahrbüchleiters Hugo Berger. T. des Arbeiters Johann Schleinig. T. des Schmieds Wilhelm Kosenengel. S. des Fabrikarb. Martin Engler. S. des Arbeiters August Schelle.
Todesfälle: Ehefrau Marie Dunkel geb. Berner, 48 J. 5 M.

Geburten: Wilh., S. des Arb. Gustav Schulze. Otto, S. des Friseurs Theodor Wächter. S. fe. T. des Geschäftsführ. Erich Matthies. Wilhelm, S. des Kaufm. Wilhelm Hamel. Walter, S. des geprüften Lokomotivheizers Gustav Bornann. Johannes, S. des Postaffizienten Carl Kufftste. Kurt, S. des Virtual-Händlers Friedrich Widdede. Robert, S. des Arb. Rob. Förster. Charlotte, T. des Vorst. der städtischen Arbeitsnachweisse Reinhold Müller. Gertrud, T. des Scharfrichts Alwin Engelhardt. Anna, T. des Arb. Paul Weder. Gertrud, T. des Arb. Alb. Wenzel.
Todesfälle: Wm. Dorothee Stange geb. Köth, 67 J. 8 M. 9 J. Wm. Auguste Kojzig geb. Enderling, 51 J. 3 M. 28 J. Frieda, T. des Fleishers Karl Lange, 2 M. 2 J. Olga, T. des Fleish. Karl Lange, 2 M. 2 J. Olga, T. des Schlossers Paul Reimann, 1 J. 11 M. 5 J. Eli, T. des verkf. Brauennh. Gustav Auger, 10 J. 4 M. 25 J. Helene, T. des Glasersmeisters Aug. Carl, 1 J. 4 M. 2 J. Ferdinand Ullger, Kaufherr, 66 J. 5 M. 15 J. Eduard, S. des Berg.-Beamten Gustav Mähning, 10 J. 5 M. 18 J. Martha geb. Vorhoff, Ehefrau des Schuhm. Wilh. Nolte, 33 J. 2 M. 23 J.

Eudenburg, 19. Februar.
Aufgebote: Wader Friedrich Wilhelm Heinicke in Helmstedt mit Luise Schiffer hier. Kaufm. Paul Adolf Wilhelm Eibau mit Johanne Luise Dorothee Lindt. Hausdiener Karl August Ferdinand Horn mit Juliana Gerstenhorn. Restaurat. Meinhold Walter Julius Schreiber in Leinsdorf mit Ilse Amalie Amanda Heide hier.
Todesfälle: Schuhm. August Schmidt, 56 J. 9 M. 29 J.
Aufgebote: Hilsbrems, Franz Otto Wengewein hier mit Marie Elisabeth Merken in Magdeburg.
Geburten: Otto, S. des Schlossers Otto Seibt. Kurt Wilh. Hermann, unehelich.
Todesfälle: Zimmermeister Karl Strödel, 50 J. 6 M. 26 J. Lucie, T. des Hilsbremsers Alwin Stolte, 1 M. Elise, T. des Schmieds Otto Wam, 1 M. 12 J.
Totgeburt: T. unehelich.
Salble, 1. bis 15. Februar.
Aufgebote: Uhrmacher Wilh. Müller in Magdeburg mit Marie Wst geborne Stohmann in Salble. Maurer Wilhelm Gerloff in Westerküchen mit Emma Lammer in Salble.
Todesfälle: Julius Franz, S. des Schachneisters Rich. Herrmann in Fermerlesleben, 1 J. 4 M. 14 J. Arbeiter Karl Lütger in Salble, 64 J. 27 J. Rosalie geb. Bach, Ehefrau des Werkmeisters Friedrich Schmidt in Fermerlesleben, 41 J. 6 M. 11 J.

Walhalla.
Gastspiel
Traudchen
Hundgeburt
die rhein. Dorf-Opette.
dazu das
neue großartige Künstler-Spezialitäten-Programm.
Schlager auf Schlager.